

EINLADUNG AN DIE PRESSEVERTRETER

Berlin/Bonn, den 16.08.05

PRESSEKONFERENZ, 17.08.05, 11 Uhr, Berlin

Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken wirft die Frage der steuerfreien Rückstellungen für atomare Entsorgung neu auf

Für den Fall eines Regierungswechsels wird – wie von der Unionskanzlerkandidatin Merkel und der FDP empfohlen und von den Stromkonzernen erhofft – eine Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke erwartet. Dies bedeutet im Klartext die gesetzliche Aufhebung des Atomausstiegs.

Bestandteil des Konsenses zwischen den Atomkraftwerksbetreibern und der rot-grünen Bundesregierung über den Atomausstieg war, dass die Praxis der steuerfreien Rückstellungen für die atomare Entsorgung von der Bundesregierung und den Regierungsfractionen unangetastet blieb. Diese Rückstellungen liegen gegenwärtig bei einer Höhe von 30 Mrd. EUR und dürfen für beliebige Investitionen verwendet werden. Dagegen ist eine Klage deutscher Stadtwerke wegen Wettbewerbsverzerrung beim Europäischen Gerichtshof anhängig, die in absehbarer Zeit entschieden wird. Die Alternative dazu wäre die Überführung in einen Rückstellungsfonds, wie ich es 1998 in einem Gesetzesentwurf in Form eines Gruppenantrags mit 40 weiteren SPD-Abgeordneten forderte und wie es seit 2003 auch von der EU-Kommission gefordert wird.

Eine Laufzeitverlängerung der deutschen Atomkraftwerke bedeutet zwangsläufig, dass die Rückstellungen von 30 Mrd. EUR in ihrer bisherigen beliebigen Verwendungsform damit endgültig unhaltbar werden –in politischer und rechtlicher Form.

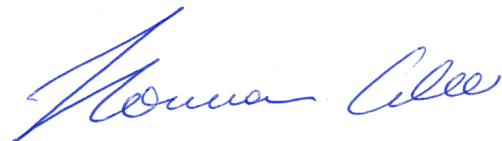
Zur Erläuterung dieses Politikums lade ich Sie hiermit herzlich zu einer

**Pressekonferenz am
Mittwoch, den 17. August um 11 Uhr
im Restaurant Weinlife (1. Stock)
Unter den Linden 42, 10117 Berlin**

Zur Problematik nimmt außer mir Stellung die Rechtsanwältin **Dr. Dörte Fouquet** als Klagevertreterin deutscher Stadtwerke beim EuGH zu dieser Frage.

Ein Imbiss wird zur Verfügung stehen.

Mit freundlichen Grüßen



Hermann Scheer, MdB, Präsident von EUROSOLAR